



Presseschau vom 30.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

John Pilger: Das große Spiel, Länder zu zerschlagen

Der Westen schuf "ein paar aufgewühlte Moslems", um eine linke Regierung zu stürzen und die Sowjetunion zu schwächen, und brachte Afghanistan damit 40 Jahre Krieg. Jetzt zieht er sich geschlagen zurück. Es ist Zeit, die ganze Geschichte zu betrachten. ...

<https://kurz.rt.com/2n0j>

Gert Ewen Ungar: **Journalismus als Blase: Wie der DJV die Pressefreiheit interpretiert**

Der Pressesprecher des Deutschen Journalistenverbandes begrüßt die Entscheidung, RT DE keine Sendelizenz auszustellen. In einem Podcast verdeutlicht er seine Auffassung von Journalismus: Journalismus ist Sprachrohr der Politik, darüber hinaus eine elitäre Blase. ...

<https://kurz.rt.com/2n1q>

Glenn Diesen: Einmischung hier schlecht, dort gut: Westliche Verlogenheit vor den Wahlen in Russland

Im September wählt Russland ein neues Parlament. Im Westen Europas und in Nordamerika drängen einflussreiche Organisationen auf einen "Regimewechsel". Sie geben Anweisungen über die Einhaltung demokratischer Regeln, die sie selbst unerhört verletzen. ...

<https://kurz.rt.com/2n3n>

Helen Buyniski: Präsidentin Harris? Die USA und der Rest der Welt müssten den Atem anhalten

Der Tod von 13 Soldaten durch einen Bombenanschlag des IS am Flughafen von Kabul hat viele US-Amerikaner dazu gebracht, den Kopf von Präsident Biden zu fordern – oder zumindest seinen Job. Aber wollen wir wirklich, dass Kamala Harris sich an Sleepy Joe vorbei ins Oval Office kichert? ...

<https://kurz.rt.com/2n5l>

abends/nachts:

snews.de: Wegen Zerstörung des Grenzzauns: 13 Festnahmen an polnisch-weißrussischer Grenze

Polnische Grenzschützer haben 13 Menschen festgenommen, die versucht haben, den Stacheldrahtverhau an der Grenze zu Weißrussland zu zerstören.

„Die Grenzschützer haben zusammen mit den Soldaten der WP (Polnische Streitkräfte – Anm. d. R.) eine Gruppe von 13 Menschen (zwölf polnischer und einen niederländischer Herkunft) festgenommen, die technische Sperren an der polnisch-weißrussischen Grenze zerstört haben“, so der Grenzschutz in einer Twitter-Mitteilung. Gegen die Festgenommenen solle bald Anklage erhoben werden.

Unter den Inhaftierten befindet sich den Angaben zufolge Bartosz K. Es dürfte um den Chef der polnischen Stiftung „Offener Dialog“ Bartosz Kramek gehen, dessen Frau, die Stiftungsleiterin Ludmiła Kozłowska, früher aus der EU deportiert worden war.

Polens Innenminister Mariusz Kamiński meldete auf Twitter, die Aktion sei „absolut inakzeptabel“. Die Protestteilnehmer müssten mit „allen strafrechtlichen Konsequenzen“ rechnen. Er fügte hinzu, auf ähnliche Taten werde das Innenministerium „mit voller Entschlossenheit“ reagieren.

Am vergangenen Donnerstag hatte der polnische Verteidigungsminister, Mariusz Blaszczak, auf Twitter den Beginn der Bauarbeiten an der Grenze zu Weißrussland bekannt gegeben. Die Soldaten hätten bereits drei Kilometer Zaun errichtet, schrieb Blaszczak.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen. Seitdem verlassen Migranten aus dem Nahen Osten Weißrussland in Richtung Litauen, zuletzt nahm auch der Druck auf Polen zu. Seit Anfang August wurden mehr als 3000 Überquerungsversuchen gemeldet.



https://cdn.snews.de/img/07e5/08/1d/3407092_0:0:2927:1646_1920x0_80_0_0_6a1c7c3169bdd5e9438bda94aebb1694.jpg

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Es ist wichtig festzustellen, dass der Feind bei der Nutzung terroristischer Methoden der Kriegsführung der „IS“ und der Faschisten in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs zielgerichtet eine Tageszeit wählt, da die Mehrheit der Einwohner sich zu Hause befindet, und dann das Feuer auf Wohngebiete eröffnet.

So wurden seit Beginn des heutigen Tages zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 15. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade **Wesjoloje** und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** beschossen und acht Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer abgefeuert sowie Schusswaffen eingesetzt.

Infolge des verbrecherischen Beschusses durch Strafruppen aus der 28. Brigade auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks wurde **ein Einwohner**, geb. 1962, der sich zu der Zeit im Hof seines Hauses in der Seljonyj-Gaj-Straße 103 befand, **verletzt**.

Der Verletzte wurde mit Splitterverletzungen in eine medizinische Einrichtung eingeliefert, um qualifizierte medizinische Behandlung zu erhalten.

Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Dies ist schon der fünfte Verletzte Zivilist unserer Republik in der letzten Woche!

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Im Zusammenhang mit den erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zur Einstellung des Feuers von Seiten der BFU einzusetzen, waren die Einheiten der Volksmiliz zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik entsprechend der Punkte „e“ und „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung gezwungen, das **Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners** zu erwidern.

In der Folge des Gegenschlags wurde die Feueraktivität des Gegners unterdrückt.

Nach vorläufigen Informationen erlitt der Gegner Verluste. Ihre Zahl wird jetzt ermittelt.

Wir fordern von den internationalen Beobachtern der OSZE-Mission, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, sich in das Geschehen einzumischen und von der Ukraine eine Einstellung der Eskalation des Konflikts und des Terrors gegen die friedliche Bevölkerung der Republik zu erreichen.

snanews.de: **Maas bietet Hilfe bei Weiterbetrieb von Flughafen Kabul an**

Bundesaußenminister Heiko Maas hat am Sonntag finanzielle und technische Hilfe beim Wiederaufbau des schwer beschädigten Flughafens der afghanischen Hauptstadt Kabul nach dem Abzug der US-Streitkräfte angeboten.

„Wenn wir einen Beitrag dazu liefern können, nicht nur finanziell, sondern auch technisch, dann werden wir diesen Beitrag liefern“, erklärte Maas nach einem Gespräch mit dem türkischen Außenminister, Mevlüt Cavusoglu, in Antalya.

Maas zeigte sich auch offen für den französischen Vorschlag, um den Flughafen eine Schutzzone zu bilden. Ob das dann die Vereinten Nationen oder einzelne Länder mit „Kommunikationskanälen“ zu den militant-islamistischen Taliban machen sollten, „muss man sehen“, so Maas weiter.

Türkischer Außenminister ist skeptisch

Cavusoglu äußerte sich allerdings skeptisch: „Dieser Vorschlag hört sich eigentlich gut an. Aber ist die Umsetzung leicht oder möglich? Darauf müssen wir schauen.“

Frankreich möchte sich mit Großbritannien für die Schaffung einer UN-Sicherheitszone in Kabul einsetzen, um von dort aus Evakuierungen nach dem Abzug der Amerikaner am 31. August fortsetzen zu können. Dies sei das Ziel einer gemeinsamen Resolution bei einer

Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen an diesem Montag, sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron der Wochenzeitschrift „Le Journal du Dimanche“. „Unser Resolutionsentwurf zielt darauf ab, eine Sicherheitszone in Kabul zu definieren, die eine Fortsetzung der humanitären Operationen ermöglicht“, sagte Macron.

Fünf Länder in vier Tagen: Maas auf Afghanistan-Mission

Maas ist derzeit auf einer viertägigen Reise in fünf Länder, die bei den weiteren Bemühungen um die Ausreise Schutzbedürftiger aus Afghanistan eine Rolle spielen.

Neben der Türkei und Katar will er auch drei Nachbarländer Afghanistans besuchen: Usbekistan, Tadschikistan und Pakistan. Deutschland dringt auf einen Weiterbetrieb des Flughafens in Kabul, um mehrere zehntausend Menschen außer Landes bringen zu können, die eine Aufnahmezusage für Deutschland haben.

Der zivile Teil des Flughafens ist schwer beschädigt. Über den weiteren Betrieb führen die Taliban derzeit Gespräche mit der Türkei. Präsident Recep Tayyip Erdogan hat den Taliban Hilfe beim Aufbau der Infrastruktur in dem Land in Aussicht gestellt. Die Türkei verfüge über Erfahrung bei groß angelegten Bauvorhaben, sagte Erdogan vor Journalisten. Daher gebe es zurzeit Treffen zwischen Mitgliedern des türkischen Geheimdienstes und Vertretern der Taliban.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0d/3212405_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a6976293d6750c2c9993b970964acda5.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 29. August 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Solotoje-5, Shelobok und Kalinowo wurden mit 120mm-Mörsern (3 Geschosse), 82mm-Mörsern (10 Geschosse), Granatwerfern (29 Granaten) und Schusswaffen beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: Trotz Vorbehalten aus den USA: Türkei plant Kauf weiterer S-400-Raketensysteme aus Russland

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat keine Zweifel daran, dass die Türkei weitere S-400-Flugabwehrsysteme aus Moskau kaufen wird. Der russische Exporteur geht davon aus, dass voraussichtlich bis Ende des Jahres ein neuer Vertrag unterzeichnet wird. Reportern sagte Erdoğan, dass die Verteidigungskooperation mit Russland ausgeweitet und die Beschaffung von S-400-Raketensystemen voraussichtlich reibungslos verlaufen werde:

"Wir zögern nicht, eine zweite Charge von S-400 aus Russland zu kaufen. Die Türkei und Russland unternehmen viele Schritte, sei es mit S-400 oder anderen Bereichen der Rüstungsindustrie.

In meinen letzten Telefongesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin haben wir dieses Thema diskutiert. Wenn ich nach Russland reise, werden wir das noch einmal besprechen."

Vergangene Woche sagte Aleksandr Micheew, Generaldirektor beim russischen staatlichen Waffenexportunternehmen Rosoboronexport:

„Wir erwarten, dass der zweite Vertrag über S-400 für die Türkei noch in diesem Jahr unterzeichnet wird.“

Der erste Kaufvertrag über die Luftverteidigungssysteme zwischen der Türkei und Russland wurde bereits Ende 2017 unterzeichnet. Die Transaktion im Wert von 2,5 Milliarden US-Dollar sah die Lieferung von vier vollständigen S-400-Batterien vor, einschließlich Trägerraketen, Kommando- und Logistikfahrzeugen. Die Lieferung der Systeme wurde im Jahr 2019 aufgenommen und ist mittlerweile abgeschlossen.

Ankaras Schritt sorgte in den USA für Empörung. Washington versuchte wiederholt, die Türkei unter Druck zu setzen, den Waffenkauf aus Russland aufzugeben, und behauptete, die S-400 seien mit NATO-Systemen inkompatibel und für diese sogar potenziell gefährlich. Die Türkei hat sich dem Druck aus den USA nicht gebeugt, obwohl die Diskussion über den Kauf der S-400-Systeme die Beziehungen zwischen den beiden Ländern stark beeinträchtigt. Angesichts des Waffenkaufs sah sich Washington gezwungen, Ankara aus dem F-35-Jagdflugzeugprogramm der fünften Generation zu streichen und den Verkauf des Flugzeugs zu stornieren.

Im Dezember vergangenen Jahres hat Washington den türkischen Verteidigungssektor mit Sanktionen ins Visier genommen und mit zusätzlichen Strafen gedroht, falls Ankara weitere Waffensysteme von Moskau kauft.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612c6e6048fbef70272aca5f.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 29. August 3:00 Uhr bis 30. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die Ortschaft **Wesjoloje**.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss von Seiten der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks ein friedlicher Einwohner, geb. 1962, wohnhaft Seljonyj-Gaj-Straße 103 verletzt.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 15.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden acht Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Berichte: Mehrere Raketen auf Flughafen von Kabul abgefeuert**

In der afghanischen Hauptstadt Kabul hat es Medienberichten zufolge einen Raketenangriff gegeben. Mehrere Raketen sollen auf den Flughafen der Stadt abgefeuert worden sein. Das US-Militär aktivierte die Raketenabwehr. Informationen über Verletzte gibt es nicht.

Fünf Raketen sind Berichten zufolge auf den Flughafen von Kabul abgefeuert worden, der im Mittelpunkt der US-Evakuierungsmission aus Afghanistan steht. Die Raketen seien von einem Luftabwehrsystem abgefangen worden, berichten Medien unter Berufung auf Vertreter der US-Regierung.

Auch die Nachrichtenagentur Reuters berichtet unter Berufung auf einen US-Beamten, dass am Montagmorgen (Ortszeit) mehrere Raketen in der Nähe des Kabuler Flughafens niedergegangen seien. Diese seien von einem Raketenabwehrsystem abgefangen worden, hieß es.

Jennifer Griffin, Korrespondentin beim US-Sender Fox News, berichtete unter Berufung auf das US-Verteidigungsministerium, das Pentagon habe das Raketenystem "Counter Rocket, Artillery, and Mortar" (C-RAM) eingesetzt, um den Angriff abzuwehren. Demnach gebe es keine Verletzten.

Das Weiße Haus bestätigte den Anschlag in einer kurzen Erklärung und betonte, dass der Vorfall die Evakuierung des Flughafens nicht behindert habe. US-Präsident Joe Biden sei über den jüngsten Angriff informiert worden, hieß es weiter. Über mögliche Opfer gab es zunächst keine Informationen.

Der afghanische Fernsehsender TOLONews schrieb unter Berufung auf Augenzeugen auf Twitter, dass aus der Gegend Chairchanah im Norden der Stadt aus einem Auto heraus mehrere Raketen in Richtung des Flughafens abgefeuert worden seien.

Im Internet kursieren inzwischen Videos, die die Folgen der Explosionen zeigen sollen. Feuer und dichter schwarzer Rauch sind zu sehen, der vom Ort des Geschehens aufsteigt.

Die Nachrichtenagentur AP berichtete unter Berufung auf Augenzeugen, Raketen seien im Stadtteil Salim Karwan eingeschlagen. Berichten zufolge wurden unmittelbar nach den Explosionen auch Schüsse abgefeuert. Bisher hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt.

Nach Angaben des US-Militärs wurden bisher mehr als 117.000 Menschen aus der Stadt ausgeflogen, die Evakuierungen sollen bis 31. August abgeschlossen sein. Bei den Evakuierten handelt es sich überwiegend um afghanische Flüchtlinge und Personen, die ein spezielles Einwanderungsvisum für die USA beantragt haben. Unter den ausgeflogenen Personen waren etwa 5.400 amerikanische Staatsbürger.

US-Präsident Joe Biden hat am Sonntag vor möglichen weiteren Anschlägen rund um den Kabuler Flughafen gewarnt. Erst am Donnerstag waren bei einem Anschlag der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) am Flughafen Kabul mindestens 13 US-Soldaten sowie zwei Briten ums Leben gekommen. Die Angaben über afghanische Todesopfer schwanken. US-Sender wie CNN berichteten von bis zu 200 getöteten Afghanen.

Der Raketenangriff erfolgte nur einen Tag, nachdem die USA in der afghanischen Hauptstadt

ein Fahrzeug mit mutmaßlichen Selbstmordattentätern angegriffen hatten. Das US-Militär erklärte zunächst, es gebe keine Hinweise darauf, dass bei dem US-Drohnenangriff auf mutmaßliche Kämpfer des Islamischen Staates Chorasani (ISIS-K), einem lokalen Ableger des IS, der sowohl mit dem Westen als auch mit den Taliban verfeindet ist, Zivilisten ums Leben gekommen seien. Das US-Zentralkommando räumte später jedoch ein, dass die Explosion weitere Todesopfer gefordert haben könnte. Laut Reuters teilte das US-Zentralkommando mit: "Wir wissen, dass es nach der Zerstörung des Fahrzeugs zu erheblichen und starken Explosionen kam, was auf eine große Menge an Sprengstoff im Inneren des Fahrzeugs hindeutet, die möglicherweise weitere Opfer gefordert hat."

Einem CNN-Bericht zufolge sei eine ganze Familie, darunter sechs Kinder, bei dem US-Angriff ums Leben gekommen. Ein afghanischer Beamter teilte den Medien mit, dass mindestens drei Kinder getötet worden seien.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2021.08/article/612c76d748fbef73783c40bc.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 30. August um 9:00 Uhr 8929 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 7088 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 882 Todesfälle.

snanews.de: IAEA: Nordkorea fährt Atomreaktor offenbar wieder an

Nordkorea hat nach Erkenntnissen der IAEA offenbar seinen Atomreaktor in Yongbyon zur Herstellung von atomwaffentauglichem Plutonium wieder in Betrieb genommen. Die Internationale Atomenergieorganisation sieht darin einen klaren Verstoß gegen UN-Resolutionen.

Von Dezember 2018 bis Juli 2021 habe es keine Hinweise auf einen Reaktorbetrieb gegeben, erklärte die IAEA, die Nordkoreas Nuklearaktivitäten per Satellit beobachtet, in einem Bericht vom Freitag.

„Seit Anfang Juli 2021 gibt es jedoch Hinweise, einschließlich des Abflusses von Kühlwasser, die mit dem Betrieb des Reaktors in Einklang stehen.“

Nordkoreas Atomaktivitäten gäben weiterhin Grund zur Sorge, so die IAEA weiter. Zutiefst beunruhigend seien auch die Hinweise auf den Betrieb des Reaktors und eines radiochemischen Labors, das zur Abtrennung von Plutonium aus verbrauchtem Reaktorbrennstoff dienen könnte.

Die Fortsetzung des Atomprogramms durch Nordkorea sei „ein klarer Verstoß“ gegen die einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und zutiefst bedauerlich.

Nordkorea hatte sich 2005 zur Kernwaffenmacht erklärt und führte mehrere Atomtests durch, auf die der UN-Sicherheitsrat mit Sanktionen reagierte. Außerdem sorgt das Land mit seinem

Raketenprogramm international für Besorgnis. Laut Experten könnte die Atomanlage Yongbyon theoretisch Plutonium in einer Menge produzieren, die für eine Atombombe ausreicht.

Nach einem Gipfel mit Südkorea hatte Nordkorea im September 2018 versprochen, die Atomanlage Yongbyon und einen Raketenstartplatz dichtzumachen. Die IAE0 vermutet jedoch, dass die Atomaktivitäten fortgesetzt wurden. Einen direkten Zugang zur Atomanlage hat die Internationale Atomenergieorganisation nicht.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/1e/2673912_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_4985c69eada263b695f0e35ab209667c.jpg

Mzdnr.ru: Am 29. August wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Laboratorium gewartet wurde.

Am 30. Augst um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 56.006 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6719 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 45.213 als gesund entlassen, es gibt 4074 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 139 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 48 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 71 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2611 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 907 mit Sauerstoffunterstützung (+46 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2248 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snnews.de: **Maas will Afghanistan-Gespräche mit Russland und China**

Angesichts der zugespitzten Sicherheitslage in Afghanistan hat sich Deutschlands Außenminister Heiko Maas für internationale Verhandlungen unter Beteiligung aller wichtigen Akteure ausgesprochen. Auch Russland und China müssten dabei sein, sagte der SPD-Politiker bei seinem Besuch in der zentralasiatischen Ex-Sowjetrepublik Usbekistan. Es gebe Bemühungen, „international alle wichtigen Player an einen Tisch zu bringen, und dabei wird es wichtig sein, auch Russland und China dabei zu haben“, sagte Maas laut der DPA am Montag in der usbekischen Hauptstadt Taschkent. Außerdem sei eine Afghanistan-Konferenz der Nachbarländer geplant.

Ob in Moskau und Peking die Bereitschaft zur Kooperation bestehe, werde sich bei den aktuell laufenden Gesprächen über eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zu Afghanistan zeigen, so der deutsche Außenminister.

Anders als die westlichen Staaten sind Russland und China auch nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan noch mit Botschaften in Kabul vertreten. Die beiden Länder

gehören neben den USA, Frankreich und Großbritannien zu den fünf Vetomächten des UN-Sicherheitsrats, der das wichtigste Gremium der Vereinten Nationen ist.

Maas hatte am Sonntag eine viertägige Reise in fünf Länder angetreten, die bei den Bemühungen um die Ausreise Schutzsuchender aus Afghanistan wichtig sind. Beim Besuch in der Türkei bot er am Sonntag finanzielle und technische Hilfe beim Wiederaufbau des schwer beschädigten Flughafens der afghanischen Hauptstadt Kabul nach dem Abzug der US-Streitkräfte an.

Der deutsche Außenminister zeigte sich auch offen für den französischen Vorschlag, um den Flughafen eine Schutzzone zu bilden. Nach der jetzigen Station in Usbekistan begibt sich Maas nach Pakistan und wird dann auch Tadschikistan und Katar besuchen.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin ehrte das Andenken des Volkskünstlers der UdSSR und der DVR, des Helden der Republik Josif Kobson, dessen dritter Todestag heute ist.

„Er war ein Mensch, der in den für die Donezker Volksrepublik gefährlichsten Jahren – während ihrer Entstehung in den Jahren 2014-2015, als die Schüsse von Seiten der Ukraine sehr heftig waren, hierher kam, half. Ohne Angst zu kennen griff er einfach zu und handelte, ehrlich, uneigennützig, er versuchte möglichst gerecht zu sein. Er half vielen Menschen, für viele wurde er ein Leitstern. In die Geschichte des Donbass und unseres ganzen großen Russlands hat er für immer seinen Namen geschrieben“, sagte Puschilin Journalisten. Das Staatsoberhaupt legte Blumen am Denkmal für Kobson am Jugendpalast „Junost“ im Kiewskij-Bezirk der Hauptstadt nieder. Gemeinsam mit Puschilin kamen Minister, Abgeordnete, Kulturschaffende, Einwohner der Stadt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/08/dan-news.info-2020-08-30_08-12-39_146286-----4-1024x678.jpg

nachmittags:

snews.de: **Ischinger warnt vor neuem „Terrornest“ in Afghanistan**

Angesichts der aktuellen Lage in Afghanistan hat der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger vor einem neuen „Terrornest“ in diesem Land gewarnt. Im Vorfeld einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats zu Afghanistan rief er dazu auf, Gespräche mit den Taliban aufzunehmen.

„Richtig ist auf jeden Fall, mit den Taliban zu reden. Man muss in der Außenpolitik in der Tat

vor allen Dingen mit denen reden, die nicht die Freunde sind. Mit den Freunden kann man Abendessen. Mit den Gegnern, mit den Schwierigen, auch mit den Verbrechern, muss man reden“, sagte Ischinger am Montag gegenüber dem ARD -„Morgenmagazin“.

Auf die Frage des Moderators, ob Afghanistan ein „neues Nest für islamistischen Terror“ werde, antwortete er: „Man muss es zumindest befürchten“. Natürlich sei der Krieg gegen den Terrorismus nicht beendet.

Derzeit gehe es vor allem um eine geostrategische Herausforderung, so Ischinger.

„Was will die Weltgemeinschaft denn mit Afghanistan machen?“

Nicht nur der Westen sei daran interessiert, dass in Afghanistan kein Terrornest entstehe. Auch China, Russland, Indien und andere Anrainer könnten daran kein Interesse haben, betonte Ischinger.

„Deshalb habe ich eine gewisse Hoffnung, dass die Beratungen, die heute in New York anfangen sollen, beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dass die vielleicht tatsächlich, anders als im Fall Syrien, zu was führen können“.

Am Montag treten UN-Generalsekretär António Guterres und die Vertreter der ständigen Sicherheitsrats-Mitglieder – USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien – in New York zusammen, um eine mögliche UN-Sicherheitszone in Kabul zu besprechen.

Zuvor am Montag hatte sich Deutschlands Außenminister Heiko Maas für internationale Verhandlungen unter Beteiligung aller wichtigen Akteure ausgesprochen. Auch Russland und China müssten dabei sein, sagte der SPD-Politiker bei seinem Besuch in der zentralasiatischen Ex-Sowjetrepublik Usbekistan. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1e/3412203_0:0:3276:1844_1920x0_80_0_0_812db09e0f141bd81813a5d831df5c3c.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 30.08.2021
In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer des 15. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Wesjoloje** beschossen und acht Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer abgefeuert.

Infolge des verbrecherischen Beschusses durch Straftruppen aus der 28. Brigade auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** wurde **ein Zivilist, geb. 1962, verletzt**, der sich zu dieser Zeit im Hof seines Hauses in der Seljonyj-Gai-Straße 103 befand.

Der Verletzte wurde mit Splitterverletzungen am Gewebe in eine medizinische Einrichtung gebracht, wo er die notwendige medizinische Behandlung erhielt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis

gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Im Zusammenhang mit den erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zur Einstellung des Feuers von Seiten der BFU einzusetzen, waren die Einheiten der Volksmiliz zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik entsprechend der Punkte „e“ und „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung gezwungen, das **Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners** zu erwidern. In der Folge des Gegenschlags wurde die Feueraktivität des Gegners unterdrückt. Drei ukrainische Kämpfer wurden verletzt.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feuereinstellung ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgstruppe:

zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Netajlowo;

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet in Gnutowo.

Die **Zunahme der Zahl der verletzten Zivilisten durch zielgerichteten Beschuss von Objekten der Wohninfrastruktur** der Republik demonstriert klar den Unwillen des Kommandos der BFU, die Spannung in der Nähe der Kontaktlinie zu reduzieren. Da sie wissen, dass Schläge auf Positionen der Volksmiliz blitzschnell zielgerichtetes erwidertes Feuer in sich bergen, wovon sich das Kommando der 25. Luftlandesbrigade am 28. August durch bedauerliche Erfahrungen überzeugen konnte, haben die BFU als Vergeltung eine Taktik des Beschusses auf zivile Objekte gewählt, ohne alte Menschen und Kinder zu schonen. In diesem Zusammenhang will ich den Kommandeuren der ukrainischen Banden versichern, dass die Bevölkerung der Republik sich unter zuverlässigem Schutz befindet und auf jeden Schuss in Richtung eines Zivilisten unverzüglich die Vernichtung der Feuerposition der ukrainischen Terroristen folgen wird.

Wir stellen weiter **Verbrechen von Soldaten der BFU gegen zivile Einwohner auf dem zeitweilig von Kiew kontrollierten Territorium** fest. So ist ein Kämpfer der Brigade „Asow“, Hauptmann Moskalenko, am 28. August in Mariupol an der Kreuzung der Torgowaja- und der Mitropolitkaja-Straße bei der Fahrt mit einem Motorrad „Kawasaki ZX-600“ nicht mit der Lenkung zurecht gekommen und ist mit großer Geschwindigkeit in eine Bushaltestelle gefahren. Infolge des Verkehrsunfall wurden drei Menschen verletzt, ein vierter, der Bürger Tarassenko, starb. Der Schuldige wurde mit Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert, wo der Arzt nach einer Untersuchung feststellte, dass der Asower zum Zeitpunkt des Verkehrsunfalls unter Einfluss von psychotropen Präparaten stand. Bei der operativen Arbeit stellten Mitarbeiter der Polizei fest, dass das Motorrad einem Einwohner von Mariupol gehört, der seit 2016 vermisst ist.

Um diese Informationen im Vorfeld des Besuchs des Vorsitzenden der Obersten Rada in der OOS-Zone am 30./32. August zu verheimlichen, beeinflusst das Kommando der Brigade „Asow“ die beim Verkehrsunfall Verletzten und die Ermittlungsorgane durch Drohungen. Dieser Fall demonstriert deutlich den völligen Niedergang der ukrainischen Kämpfer, deren Kommandeure sich vollständig der Kontrolle über das Personal entzogen haben, die Gier nach Gewinn bleibt nach wie vor der vorrangige Grund für ihr Verbleiben im Amt. Monatliche Machenschaften mit Zahlungen von Zuschlägen für die Ausführung von Aufgaben im vorderen Bereich führen zu Verzögerungen und entsprechend zu Beschwerden der Soldaten an die Staatsanwaltschaft und die Hotline des Verteidigungsministeriums. Im Ergebnis der Überprüfung von Informationen ergibt sich, dass ein großer Teil der Beschwerden über

verspätete Zahlungen und deren Unrichtigkeit von Soldaten der 58. Brigade stammte. Derzeit führt der SBU eine Ermittlung gegen den Kommandeur des Verbandes Kaschtschenko aufgrund des Verdachts auf Korruption und Diebstahl von Geldmitteln in besonders großem Ausmaß durch.

snanews.de: **DGB fordert von nächster Bundesregierung Politik der Abrüstung und Entspannung**

Im Vorfeld des Antikriegstages 2021 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) seine Forderung nach Abrüstung und Entspannung bekräftigt. Er nehme die nächste Bundesregierung in die Pflicht und erwarte von den daran beteiligten Parteien eine klare Positionierung.

Seit 1957 findet am 1. September der Antikriegstag statt, an dem an die Schrecken des Ersten und Zweiten Weltkrieges erinnert wird. Traditionell beteiligen sich daran auch der DGB und seine Mitgliedergewerkschaften. Der diesjährige DGB-Aufruf steht unter dem Motto: „Weichen für eine sichere und friedliche Zukunft stellen! Abrüstung und Entspannung wählen!“

Im Endspurt zur Bundestagswahl nutzt der DGB den Antikriegstag, um die Parteien in die Pflicht zu nehmen und eine Politik der Abrüstung und Entspannung einzufordern.

Deutschland brauche eine Bundesregierung, die sich dafür mit aller Entschlossenheit einsetze, heißt es in der dazugehörigen Pressemitteilung.

Die Bilanz der aktuellen Regierung unter Angela Merkel sei ernüchternd.

„Deutschland steht auf dem siebten Platz der Länder mit den größten Rüstungsausgaben. Unter den Top-Ten-Staaten weist der deutsche Verteidigungshaushalt mit einem Plus von über fünf Prozent die größten Zuwachsraten auf. Für das laufende Jahr liegt er bei knapp 47 Milliarden Euro. Und wenn es nach der scheidenden Bundeskanzlerin ginge, sollte Deutschland bis 2030 die NATO-Zielvorgabe erfüllen und zwei Prozent des BIP für Verteidigung ausgeben. Dies entspräche einer weiteren Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Mrd. Euro.“

Während das internationale Aufrüsten unfassbare Ausmaße erreicht habe und alle neun Atomkräfte beträchtliche Summen in die Modernisierung ihrer nuklearen Waffenarsenale steckten, sei der kürzlich verlängerte „New Start“-Vertrag zwischen Russland und den USA das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen. „Auch deshalb fordern wir von der nächsten Bundesregierung, dass sie die deutsche Verweigerungshaltung aufgibt und endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnet“, so der DGB.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sei nicht die erhoffte globale Friedensordnung gekommen. Während die Großmächte USA, China und Russland miteinander um den Einfluss in der Welt ringen würden, entwickle sich die Nato vom Verteidigungsbündnis zu einer Interventionsallianz für Militäreinsätze außerhalb des Bündnisgebiets. Durch eine Stärkung der nuklearen Abschreckung und durch Pläne für eine stärkere militärische Präsenz im indopazifischen Raum setze sie gezielt auf Konfrontation gegenüber Russland und China. „Es ist höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen! Wir benötigen die Rüstungs-Milliarden dringend für andere Zwecke. Im Zuge der Corona-Krise haben sich die sozialen Ungleichheiten und die Verteilungskonflikte in unserem Land und weltweit verschärft“, heißt es in dem Aufruf.

Das Geld werde etwa in der Renten- oder Klimapolitik dringend benötigt.

Deshalb fordere der DGB von den an der nächsten Bundesregierung beteiligten Parteien, sich klar für Abrüstung und Entspannung zu positionieren.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/03/3070156_0:110:3361:2001_1920x0_80_0_0_ccace2bce91baef1cf086b12207eea79.jpg

de.rt.com: **Außenministerium: USA machen Jagd auf russische Bürger**

Der Kommissar für Menschenrechte des russischen Außenministeriums hat erklärt, Washington sei in Drittländern auf "einer echten Jagd" nach russischen Bürgern. Die Praxis zielt auf deren Auslieferung in die USA ab. Als eines der Beispiele gelte der Fall Maria Butina.

Der Kommissar für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des russischen Außenministeriums Grigori Lukjanzew hat von einer groß angelegten Kampagne der USA zur Jagd nach russischen Bürgern in Drittländern berichtet:

"In Bezug auf die direkte Verfolgung gilt als ein eklatantes Beispiel die Praxis, die von den USA aktiv genutzt wird. Es handelt sich um eine echte Jagd auf unsere Bürger im Ausland, um sie in Drittstaaten festzunehmen."

Lukjanzew zufolge leiten die US-Behörden diese Verfahren mit dem Ziel ein, für eine Strafverfolgung eine Abschiebung der russischen Bürger in die USA zu erreichen. Das russische Außenministerium zählte über 50 Fälle dieser Art auf.

Russische Staatsbürger, die in den USA vor Gericht gestellt würden, stünden unter Druck von Strafverfolgungsbehörden. Diese würden versuchen, die Angeklagten dazu zu bringen, bei dem Verfahren mitzuarbeiten und ihre Schuld einzugestehen. Dem Diplomaten zufolge werde den russischen Bürgern eine medizinische Versorgung vorenthalten, um sie zu einer Zusammenarbeit mit den US-Behörden zu zwingen.

Zu den ungeheuerlichsten Fällen zählten unter anderem die des russischen Geschäftsmanns Wiktor But und der Aktivistin Maria Butina.

But wurde in den USA wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten in Verbindung mit illegalem Waffenhandel zu 25 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Butina wurde einer Tätigkeit als "ausländische Agentin" beschuldigt und zu 18 Monaten Haft verurteilt. Nach Absitzen eines Teiles dieser Strafe kehrte sie nach Russland zurück.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612cb118b480cc07d112af2e.jpg>

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen und 10 Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowosawnowka aus **Kalinowo** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen und drei Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Shelobok** mit Granatwerfern beschossen und 29 Granaten abgefeuert....

snews.de: Taliban verurteilen US-Drohnenanschlag in Kabul als illegitim

Ein Sprecher der Taliban hat den Drohnenangriff der US-Armee am vergangenen Sonntag in Kabul als unrechtmäßig verurteilt. Das Pentagon hatte mitgeteilt, bei dem Angriff mehrere Selbstmordattentäter auf ihrem Weg zum Flughafen Kabul getötet zu haben.

Taliban-Sprecher Sabihullah Mudschahid sagte dem chinesischen Fernsehsender CGTN zufolge: „Wir verurteilen solche Angriffe, weil es illegitim ist, willkürliche Angriffe in fremden Ländern auszuführen. Wenn es dort tatsächlich eine potenzielle Bedrohung gab, hätten die USA es uns mitteilen sollen, anstatt einen willkürlichen Angriff vorzunehmen, der zu zivilen Opfern geführt hat.“

Dieser Erklärung steht die Darstellung des Pentagons entgegen, wonach bei dem Drohnenangriff am Sonntag keine zivilen Opfer zu beklagen seien. Amerikanische Behörden haben zunächst nur von einem mit Sprengstoff beladenen Fahrzeug des IS gesprochen, das auf dem Weg zum Flughafen Kabul gewesen sein soll. Einem Bericht des Fernsehsenders CNN zufolge aber hatte der Angriff neun Menschenleben gefordert. Die Opfer seien allesamt Mitglieder einer Familie gewesen, unter ihnen sechs Kinder.

Erst am Donnerstag letzter Woche hatten sich in Afghanistan verheerende Terroranschläge ereignet. Dabei wurden am Flughafen Kabul fast 200 Menschen getötet, darunter 13 US-Soldaten. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ hat sich zu den Anschlägen bekannt. Präsident Biden drohte nach den Anschlägen Vergeltung an und erklärte, es sei sehr wahrscheinlich, dass es in Kabul in den nächsten 24 bis 36 Stunden zu weiteren Anschlägen

komme. Am Freitag schlug die US-Armee gegen ranghohe IS-Mitglieder in der afghanischen Provinz Nangarhar zu. Ein Vertreter des Pentagons sagte gegenüber Journalisten, bei dem Angriff seien zwei IS-Anführer getötet und ein weiterer verletzt worden. Unter den Zivilisten habe es keine Verluste gegeben.

Unter den Opfern des Anschlags vom 26. August waren viele Menschen, die am Flughafen Kabul auf ihre Ausreise aus Afghanistan warteten. Am morgigen Dienstag endet die Frist, innerhalb derer die Nato-Staaten noch Evakuierungsflüge durchführen können. Präsident Biden hatte den 31. August als Stichtag für den Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan festgesetzt. Die Taliban* haben die US-Führung unlängst aufgefordert, diesen Abzugstermin unbedingt einzuhalten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/12/3272842_0:0:3497:1967_1920x0_80_0_0_ed02b0c0422aa18c5a53aa34486c459f.jpg

snaneews.de: **Maas weist Kritik zurück: Deutlich mehr als 100 Ortskräfte aus Kabul ausgeflogen**

Außenminister Heiko Maas hat einen Bericht der „Welt am Sonntag“ zu Evakuierungen aus Afghanistan zurückgewiesen. Die Zeitung hatte die Zahl der evakuierten Ortskräfte mit knapp über 100 angegeben.

Hingegen sagte Maas am heutigen Montag in der usbekischen Hauptstadt Taschkent laut Reuters, bei der Luftbrücke seien wesentlich mehr als rund 100 Ortskräfte evakuiert worden. Der Außenminister versprach, später genauere Zahlen zu nennen. Derzeit würden die Passagierlisten der Evakuierungsflüge aus Kabul mit Partnerstaaten abgeglichen. Deshalb werde es noch eine Weile dauern, bis es eine klare Übersicht gebe.

Die „Welt am Sonntag“ hatte unter Berufung auf Informationen des Bundesinnenministeriums berichtet, beim deutschen Evakuierungseinsatz seien nur wenige Ortskräfte ausgeflogen worden. Nach den Zahlen des Innenministeriums, die unter anderem im Bundestag vorgestellt worden seien, hätten sich unter den etwa 4500 Menschen, die bis Mitte der Woche evakuiert worden seien, nur knapp mehr als 100 Ortskräfte mit ihren Familien befunden. Vom Bundesinnenministerium war Reuters zufolge keine Stellungnahme zu erhalten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/1e/3415767_0:0:3117:1753_1920x0_80_0_0_13c63dfe6f8ac803577745349593a74.jpg

Wpered.su: In Donezk findet das Forum „Die KPRF ist mit dem Donbass: 7 Jahre Hilfe und Unterstützung“ statt

In Donezk findet das Forum „Die KPRF ist mit dem Donbass: 7 Jahre Hilfe und Unterstützung“ statt. Die Veranstaltung ist vom ZK der KP der DVR organisiert, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Das Forum eröffnete der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow. In seiner Rede unterstrich er, dass die KPRF fordert, die DVR und die LVR anzuerkennen, 91 humanitäre Konvois in den Donbass geschickt hat, Kindern, Soldaten und Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs, die auf dem Gebiet der Donezker und der Lugansker Volksrepublik leben, Hilfe leistet. Dank der Arbeit der KPRF haben die Bürger der DVR und der LVR begonnen, russische Pässe zu erhalten, Absolventen von Hochschulen der Republiken haben begonnen, Diplome über eine höhere Ausbildung nach russischen Standards zu erhalten, es wird Hilfe beim Wiederaufbau von kulturellen und historischen Denkmälern geleistet. Außerdem ist in Donezk der Bürgerempfang des Abgeordneten der Staatsduma der RF Kasbek Tajsajew in Betrieb.

Nach der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KP der DVR wurde den Teilnehmern des Forums der Film „Gennadij Sjuganow“ vorgeführt.

snaneews.de: Anschlag auf Flughafen Kabul: Pentagon wusste im Voraus von Terrorattacke – Medium

Ranghohe Pentagon-Beamte sollen von dem bevorstehenden Terroranschlag auf den Flughafen Kabul im Voraus gewusst haben. Dies berichtet die Zeitschrift „Politico“ unter Verweis auf ihr vorliegende detaillierte Aufzeichnungen von Gesprächen, die bei Besprechungen der Beamten des US-Verteidigungsministeriums geführt worden seien. Demnach hatte bereits 24 Stunden vor dem Selbstmordattentat vor dem Internationalen Flughafen Kabul ein Online-Treffen von ranghohen US-Militärs stattgefunden, bei dem der tägliche Lagebericht des Pentagon zur sich verschlechternden Situation in Afghanistan angehört worden war.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin habe also um 14 Uhr MESZ am Mittwoch mehr als ein Dutzend hochrangiger Pentagon-Beamter auf der ganzen Welt per Videokonferenz angewiesen, Vorbereitungen für ein unmittelbar bevorstehendes „Massenopfer-Ereignis“ zu treffen.

Bei dem Treffen habe zudem der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, General Mark Milley, über „signifikante“ Geheimdienstinformationen berichtet, die darauf hingewiesen hätten, dass die Terrorgruppe ISIS-K, ein Ableger des „Islamischen

Staates“ in Afghanistan, einen „umfassenden Angriff“ plane.

Kommandeure, die sich in Kabul befunden hätten, hätten das sogenannte Abbey Gate, eines der Eingangstore zum Flughafen, an dem sich amerikanische Staatsbürger hätten versammeln sollen, als „höchstes Risiko“ eingeschätzt und ihre Pläne zum Schutz des Flughafens erläutert. „Ich glaube nicht, dass die Leute das unglaubliche Ausmaß des Risikos am Boden begreifen“, soll Austin dabei gesagt haben.

Bei einem weiteren Telefongespräch um zehn Uhr MESZ (um 12.30 Kabuler Zeit) am Donnerstag in Kabul hätten die Kommandeure unter anderem den Plan erläutert, das Abbey Gate am Donnerstagmittag (Ortszeit) zu schließen. Die Amerikaner hätten jedoch schließlich beschlossen, das Tor etwas länger offen zu halten, um ihren britischen Verbündeten, die den Zeitrahmen ihres Abzuges vorgezogen hätten, die weitere Evakuierung ihres Personals zu ermöglichen, das im nahe gelegenen Baron Hotel untergebracht gewesen sei.

Gegen 18.00 Uhr Ortszeit, als US-Soldaten noch die Ausreisenden am Abbey Gate betreut hätten, sei es zu einem Selbstmordattentat gekommen, bei dem fast 200 Menschen, darunter 13 US-Soldaten, getötet worden seien.

Die zu evakuierenden britischen Staatsangehörigen seien noch nicht eingetroffen, als sich der Angriff ereignet habe, soll ein Beamter des US-Verteidigungsministeriums gegenüber Politico gesagt haben.

Die US-Streitkräfte am Flughafen Kabul seien sich „einer Vielzahl von Bedrohungen bewusst“ gewesen, hätten diese berücksichtigt und seien „äußerst wachsam“ gewesen, zitierte die Zeitschrift einen Pentagon-Beamten. „Wir haben zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um unsere Truppen und die Evakuierten zu schützen, aber keine Bemühung kann die Bedrohung durch einen entschlossenen Feind vollständig beseitigen.“

Die Zeitschrift beruft sich dabei auf geheime Notizen von drei separaten Telefongesprächen sowie auf Interviews mit zwei Verteidigungsbeamten, die mit dem Inhalt der Gespräche vertraut sein sollen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1e/3416566_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_b1655826cfe977d0635bc501c877ee99.jpg

de.rt.com: **Maas besucht Afghanistans Nachbarländer – Berlin will 40.000 Afghanen bei Ausreise helfen**

Bundesaußenminister Heiko Maas besucht in den nächsten Tagen mehrere Nachbarländer Afghanistans. Berlin will weiteren Afghanen bei der Ausreise helfen und Nachbarländer dafür einbinden. Zugleich sprach sich Maas für Gespräche mit China und Russland über die Krise am Hindukusch aus.

In Afghanistan befinden sich nach Angaben von Außenminister Heiko Maas noch zehntausende Menschen, die nach Deutschland ausgeflogen werden sollen. Es handelt sich demnach um Ortskräfte – ehemalige afghanische Mitarbeiter von Bundeswehr oder

Ministerien. Die Bundesregierung ist bereit, sie und ihre Familienangehörigen bei der Ausreise zu unterstützen. Nach jetzigem Stand geht es um mehr als 40.000 Menschen. Berlin sucht nun nach Wegen, wie die Evakuierungen vonstattengehen sollen.

Der Außenminister ist hierfür zu einer diplomatischen Reise in die Region rund um den Hindukusch aufgebrochen. Maas will die Nachbarn Afghanistans in den deutschen Rettungseinsatz einbinden. In Usbekistan betonte der 54-Jährige heute, dass Berlin nur denjenigen Menschen bei der Ausreise helfen will, die eine Zusage für die Aufnahme in Deutschland haben:

"Es geht uns nur um diese Personengruppe."

Usbekistan soll die erste Anlaufstation für die evakuierten Menschen werden. Nach Angaben von Maas sei Taschkent bereit, Deutsche, afghanische Ortskräfte und Schutzbedürftige, die nach Deutschland ausgeflogen werden sollen, ins Land zu lassen. Die Grenzen Usbekistans sind eigentlich für Flüchtlinge aus Afghanistan dicht.

Elf Tage lang war der Flughafen der usbekischen Hauptstadt der zentrale Pfeiler der Luftbrücke zwischen dem afghanischen Kabul und Deutschland, über den mehr als 5.000 Menschen evakuiert wurden. Die militärische Evakuierung ist inzwischen beendet. Nun sollen die Nachbarländer Usbekistan, Tadschikistan und Pakistan die Zwischenstation für die auf dem Landweg Ausreisenden sein.

Maas soll am Nachmittag weiter nach Duschanbe in Tadschikistan reisen. Am Dienstag sind dann Gespräche in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad geplant. Den Nachbarländern Afghanistans hatte Maas bereits zu Beginn seiner Reise wirtschaftliche und humanitäre Hilfe zugesagt. Er erklärte:

"Es ist in unserem eigenen Interesse zu verhindern, dass der Kollaps in Afghanistan die ganze Region destabilisiert."

Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters zufolge wollen die EU-Innenminister am Dienstag erklären, dass sie weitere "unkontrollierte Bewegungen großer Immigrantengruppen" aus Afghanistan verhindern wollen. Laut dem Entwurf für die Dringlichkeitssitzung der Minister, in die Reuters Einsicht hatte, sollen neue Sicherheitsrisiken für EU-Bürger abgewendet werden.

Auch die Türkei ist nach Angaben von Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu nicht bereit, weitere afghanische Flüchtlinge aufzunehmen. Nach einem Treffen mit Außenminister Maas in Antalya am vergangenen Wochenende erklärte Çavuşoğlu:

"Die Türkei hat ihre ethische Verantwortung übernommen. Wir können keine zusätzlichen Migrationslasten aufnehmen."

Das Land hatte in den letzten Jahren bereits einige hunderttausende afghanische Migranten ins Land gelassen.

Vorschlag einer Sicherheitszone in Kabul

Frankreich und Großbritannien wollen bei einer am Montag stattfindenden Dringlichkeitssitzung der Vereinten Nationen zu Afghanistan eine Resolution einreichen, in der eine Sicherheitszone in Kabul vorgeschlagen wird. "Unser Resolutionsvorschlag zielt darauf ab, eine sichere Zone in Kabul unter der Kontrolle der Vereinten Nationen zu definieren, die die Fortsetzung der humanitären Operationen ermöglichen würde", sagte der französische Präsident Emmanuel Macron in einem Interview mit der Zeitung Le Journal du Dimanche. Damit sollten Menschen geschützt werden, die versuchten, das Land zu verlassen. Maas sprach sich derweil für Gespräche mit China und Russland über die Krise in Afghanistan aus. Es gebe Bemühungen, "international alle wichtigen Player an einen Tisch zu bringen, und dabei wird es wichtig sein, auch Russland und China dabei zu haben", sagte er am Montag beim Besuch in Taschkent.

China und Russland gehören neben den USA, Frankreich und Großbritannien zu den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats, der das wichtigste Gremium der Vereinten Nationen ist.

Anders als die westlichen Staaten sind die beiden Länder auch nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan noch mit Botschaften in Kabul vertreten. Laut Maas ist auch eine Afghanistan-Konferenz der Nachbarländer geplant. Dazu zählen neben Usbekistan auch Tadschikistan, Pakistan, Turkmenistan, Iran und China.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612cd578b480cc07da282fd9.JPG>